BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/1236

17. Juni 2025

Antrag der Fraktion der CDU

Bargeldlos, bürgernah, bürokratiefrei: Mobile Kartenlesegeräte für Bremens Polizei

Die Digitalisierung staatlichen Handelns ist kein Zukunftsprojekt mehr, viel mehr ist sie Realität in vielen Bereichen unseres täglichen Lebens. Während in anderen Bundesländern mobile Zahlungslösungen bei der Polizei im Einsatz sind, verweist der Bremer Senat auf Prüfungen und potentielle Datenschutzprobleme, allerdings ohne konkrete Erkenntnisse oder Ergebnisse vorzulegen. Die Antwort des Senats bleibt vage sowie mut- und ambitionslos.

Gerade im Bereich der Polizeiarbeit muss Bremen den Anschluss an moderne Standards halten. Die Möglichkeit, Verwarnungsgelder direkt vor Ort bargeldlos zu begleichen, würde nicht nur Verwaltungsprozesse verschlanken und Polizeiressourcen effizienter nutzen, sondern auch die Bürgerfreundlichkeit erheblich steigern. Mobile Kartenlesegeräte ermöglichen eine sofortige, rechtssichere Zahlung von Verwarnungs-geldern. Damit werden unnötige Wege vermieden, sowohl für die Polizei, als auch für die Bürger.

Während andernorts die Polizei längst bargeldlos im Einsatz ist, druckt Bremen noch Papier. Andere Bundesländer wie Hessen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen sind längst aktiv geworden, teils mit flächendeckendem Einsatz von Kartenlesegeräten, teils mit Pilotversuchen. Die vorgeschobenen Hindernisse, die ausgerechnet in Bremen da-für sorgen sollen, dass eine Anschaffung der Geräte unmöglich ist, scheinen vorgeschoben. Wir dürfen hier nicht schon wieder hinterherhinken. Wenn die Bremer Landesregierung Digitalisierung ernst meint, muss sie auch dort umgesetzt werden, wo sie tagtäglich für die Menschen greifbar wird, in der Praxis der Polizeivollzugsbeamten auf der Straße. Es braucht ein Umdenken, hin zu einem modernen, bürgernahen Staat, der mit der Zeit geht.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Polizei im Land Bremen unverzüglich mit mobilen Kartenlesegeräten für alle Streifenwagen auszustatten, um die sofortige bargeldlose Zahlung von Verwarnungs-geldern vor Ort zu ermöglichen. Zur Finanzierung der Geräte sollen die generierten Mehreinnahmen genutzt werden;

2. dabei sind datenschutzkonforme, praxistaugliche Lösungen einzusetzen, wie sie bereits in anderen Bundesländern genutzt oder erprobt werden;

Vorläufige, unredigierte Fassung – Parlamentsdokumentation der Bremischen Bürgerschaft

3. über Umsetzung, Erfahrungen und Ergebnisse des Pilotprojekts ist der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) bis spätestens zum 30. Juni 2026 zu berichten.

Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

Vorläufige, unredigierte Fassung – Parlamentsdokumentation der Bremischen Bürgerschaft